



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission  
vom: 18. Juni 2010  
zur Vorlage Nr.: [2010-139](#)  
Titel: **Beantwortung Postulat [2008/122](#) für Gesamtarbeitsverträge in subventionierten Institutionen und Betrieben mit Leistungsvereinbarungen, von Regula Meschberger**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

### betreffend Beantwortung Postulat [2008/122](#) für Gesamtarbeitsverträge in subventionierten Institutionen und Betrieben mit Leistungsvereinbarungen, von Regula Meschberger

Vom 18. Juni 2010

#### 1. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 11. Dezember 2008 fordert der Landrat vom Regierungsrat abzuklären, wie die GAV-Pflicht analog dem Gesetz über öffentliche Beschaffungen für subventionierte Betriebe und Institutionen mit Leistungsvereinbarung umgesetzt werden könnte. Das Prüfbegehren berücksichtigt, dass für Kleinstempfänger Sonderregelungen vorgesehen werden können.

In seinem Bericht würdigt der Regierungsrat zuerst die Bedeutung von Gesamtarbeitsverträgen, stellt aber auch klar, dass die Initiative für solche Vereinbarungen von den Organisationen der Arbeitswelt ausgehen müsse, und nicht von der Regierung erzwungen werden könne. Bei öffentlichen Submissionen wirkt das GAV-Obligatorium als – bewährtes – Instrument zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs.

Bei der Gewährung von Subventionen und der Erteilung von Leistungsaufträgen seien andere Rahmenbedingungen als im öffentlichen Beschaffungswesen massgebend. Zudem sei die grosse Mehrzahl der mit grösseren Beiträgen subventionierten Organisationen ohnehin den Personal- und Lohnregelungen der öffentlichen Hand unterstellt. Insofern sei ein GAV-Obligatorium nicht gerechtfertigt, da einerseits eine Schutzbedürftigkeit der Mitarbeitenden fehle, andererseits die Vielfalt der Subventionsverhältnisse einer starren, einheitlichen Regulierung entgegenstehe.

#### 2. Zielsetzung der Vorlage

Der Regierungsrat ist der Auffassung das Anliegen des Postulats ausreichend geprüft und darüber berichtet zu haben. Er beantragt deshalb, das Postulat [2008/122](#) abzuschreiben.

#### 3. Kommissionsberatung

##### 3.1. Organisation der Beratung

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 30. April 2010 im Beisein

von Regierungsrat Peter Zwick und Thomas Keller, Vorsteher KIGA BL, beraten.

##### 3.2. Beratung im Einzelnen

Einleitend wird der Bericht des Regierungsrates nochmals erläutert.

###### – Eintretensdebatte

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

###### – Detailberatung

Von Kommissionsmitgliedern wird darauf hingewiesen, dass bei der Vergabe öffentlicher Gelder – gerechtfertigterweise – immer eine höhere Sensibilität bezüglich der Arbeitsbedingungen von Mitarbeitenden bestünde, als in anderen Wirtschaftsbereichen. Unsere Volkswirtschaft habe ein Interesse daran, dass alle möglichen Massnahmen zur konsequenten Durchsetzung des Vorortsprinzips zur Verhinderung von Lohndumping ausgeschöpft werden. Es wird aber auch anerkannt, dass diesbezüglich bisher keine Probleme bei Subventionsempfängern oder bei mit öffentlichen Geldern unterstützten Leistungserbringern erkennbar seien. Falls sich solche abzeichnen würden, müsse jedoch darauf reagiert werden können. Andere Kommissionsmitglieder unterstützen die Skepsis des Regierungsrates gegenüber einer unnötigen, weil wenig Nutzen stiftenden, Überregulierung, wobei die unterschiedliche Ausgangslage bei Submissionen bzw. Subventionen mehrfach betont wird.

#### 4. Antrag

://: Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat mit 11:0 Stimmen und ohne Enthaltungen, den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat [2008/122](#) abzuschreiben.

Liestal, 18. Juni 2010

*Namens der Volkswirtschafts-  
und Gesundheitskommission*

*Der Präsident: Thomas de Courten*

---